

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE) und Benedikt Lux (GRÜNE)

vom 22. Februar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Februar 2021)

zum Thema:

Umsetzung des neuen Versammlungsfreiheitsgesetzes

und **Antwort** vom 05. März 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. März 2021)

Herrn Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE) und
Herrn Abgeordneten Benedikt Lux (GRÜNE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/26777
vom 22. Februar 2021
über Umsetzung des neuen Versammlungsfreiheitsgesetzes

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie bereitet der Senat die Umsetzung des neuen Versammlungsfreiheitsgesetzes vor, insbesondere im Hinblick auf
 - a) die Überarbeitung und Aktualisierung der Internetpräsenz der Versammlungsbehörde einschließlich der analogen und digitalen Anmeldeformulare und Merkblätter?
 - b) die erforderlichen Nachschulungen in der Versammlungsbehörde sowie der Polizei einschließlich der Kräfte in der Direktion Einsatz (hier insbesondere über das Recht auf ungehinderten Zugang zu Versammlungen gem. § 3 Abs. 2 Nr. 1 VersFG; das Recht auf Gegen-demonstrationen in Hör- und Sichtweite gem. § 3 Abs. 3 Satz 3 VersFG; der Umsetzung des Deeskalations- und Konfliktmanagementgebotes gem. § 3 Abs. 4 VersFG; den Umgang mit dem Prinzip der Verwaltungsrechtsakzessorietät bei §§ 9 Abs. 3 und 19 Absatz 2 VersFG; die Erkennungspflicht gem. § 11 Satz 2 VersFG; die gestuften Beschränkungs- und Verbots-möglichkeiten des § 14 VersFG; das Verbot von verdeckten Bild- und Tonaufnahmen gem. § 18 Abs. 1 VersFG; die tatbestandliche Reduktion des Vermummungs- und Schutzausrüs-tungsgebotes gem. § 19 Abs. 1 VersFG; die Neuregelungen bei den Straf- und Ordnungs-widrigkeitsparagrafen 26 und 27 VersFG)?
 - c) die Umsetzung der neuen Erlaubnisfreiheit nach § 13 VersFG?
 - d) die maschinenlesbare Veröffentlichung von Versammlungen oder Aufzügen im Open-Data-Portal des Landes (§ 12 Abs. 8 VersFG)?
 - e) die Unterstützungsmechanismen für den Präsidenten des Abgeordnetenhauses in Angele-genheiten des befriedeten Bezirks (§ 15 VersFG)?
 - f) die Umsetzung des Versammlungsrechtes auf privatrechtlich betriebenen öffentlichen Ver-kehrsflächen (hier insbesondere die Unterrichtung der BVG AöR, DB AG und S-Bahn Berlin GmbH)?

Zu 1. a):

Die entsprechenden Unterlagen sowie die Internetpräsenz der Versammlungsbehörde werden zurzeit überarbeitet und aktualisiert.

Zu 1. b):

Die Polizei Berlin trifft alle erforderlichen Maßnahmen, um die Umsetzung des am 28. Februar 2021 in Kraft getretenen Berliner Versammlungsfreiheitsgesetzes (VersFG BE) gewährleisten zu können und ihre Mitarbeitenden entsprechend fortzubilden. Durch die Polizeiakademie (PA) sind Seminare zum VersFG BE vorbereitet. Zu den übrigen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Polizei Berlin wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Hervorzuheben ist, dass die in der Fragestellung genannten Regelungen überwiegend den aktuellen Stand der Rechtsprechung wiedergeben, so dass die Regelungsinhalte der Polizei Berlin bekannt sind und deren Anwendung bereits praktiziert wird. So ist beispielsweise das Deeskalationsgebot ein schon seit Jahren fest verankerter und gelebter Grundsatz in der Berliner Polizeipraxis.

Die im Vergleich zur bisherigen Rechtslage neuen Regelungen, wie z.B. das Verbot von verdeckten Bild- und Tonaufnahmen, werden im Zuge der Einsatzplanung und -vorbereitung der Polizei Berlin berücksichtigt und die Mitarbeitenden entsprechend fortgebildet. Insgesamt dauern der Prozess zur Umsetzung neuer Regelungslagen sowie die entsprechenden Fortbildungen bei der Polizei Berlin derzeit noch an.

Zu 1. c):

Die nunmehr in § 13 VersFG BE normierte Erlaubnisfreiheit ist ein im Versammlungsrecht bekannter und in der verfassungsrechtlichen Freiheitsgarantie des Artikels 8 Grundgesetz begründeter Grundsatz. Die Umsetzung des § 13 VersFG BE deckt sich insofern mit der seit Jahren von der Polizei Berlin praktizierten versammlungsrechtlichen Anwendung dieses Grundsatzes.

Zu 1. d):

Der Prozess zur Umsetzung der Veröffentlichungspflicht bestimmter Daten aus Versammlungsanzeigen befindet sich derzeit noch in der Abstimmung.

Zu 1. e):

Auch das bisherige Gesetz über die Befriedung des Tagungsortes des Abgeordnetenhauses von Berlin, das mit Inkrafttreten des Berliner Versammlungsfreiheitsgesetzes außer Kraft getreten ist, sah Zusammenarbeit und einen Informationsaustausch zwischen den betroffenen Behörden vor.

Nach § 15 Absatz 3 VersFG BE unterrichtet die Versammlungsbehörde die Präsidentin oder den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin über Versammlungsanzeigen, die den befriedeten Bezirk betreffen sowie relevante Erkenntnisse zur der angezeigten Versammlung. Hierfür werden die bereits vorhandenen Informationswege genutzt und auf der bisherigen konstruktiven und guten Zusammenarbeit der Polizei Berlin mit den Verantwortlichen des Abgeordnetenhauses von Berlin aufgebaut.

Zu 1. f):

Die neu geschaffene Norm des § 20 VersFG BE dient mit ihrem Absatz 1 sowohl der Umsetzung der „Fraport-Entscheidung“ (1 BvR 699/06 - Rn. 1-128) als auch mit ihrem Absatz 2 der des „Bierdosen-Flashmob“-Beschlusses (1 BvQ 25/15 - Rn. 1-13) des Bundesverfassungsgerichtes. Dies entspricht mithin bereits praktiziertem Verwaltungshandeln.

Hinsichtlich der Umsetzung der Unterrichtungspflicht nach § 20 Absatz 3 VersFG BE wird die Art und Weise der jeweiligen Kontaktaufnahme unter Berücksichtigung von Praktikabilitäts Gesichtspunkten sowie datenschutzrechtlicher Vorgaben erfolgen.

2. Welche konkreten Maßnahmen der Aus- und Fortbildung mit jeweils wie vielen Teilnehmenden zum neuen Versammlungsfreiheitsgesetz haben bereits stattgefunden bzw. sind jeweils wann geplant?

Zu 2.:

Im September 2020 hat eine Informationsveranstaltung der Direktion Einsatz/Verkehr (Dir E/V) der Polizei Berlin zum VersFG BE mit 94 Teilnehmenden stattgefunden. Darüber hinaus wurden an der Polizeiakademie seit Oktober letzten Jahres fünf jeweils zweitägige Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen des Kursprogramms mit ca. 40 Teilnehmenden und zwei jeweils ganztägige Fortbildungsveranstaltungen speziell für Führungskräfte mit ca. 80 Teilnehmenden durchgeführt. Von der Dir E/V wurden im Rahmen des Kursprogramms 20 Teilnehmende und im Rahmen der Fortbildungsveranstaltung ca. 50 Teilnehmende fortgebildet.

Weiterhin ist bei der Polizei Berlin vorgesehen, zukünftig ein- bis zweimal pro Woche zweitägige Fortbildungsveranstaltungen mit bis zu 20 Teilnehmenden und eintägige Inhouseveranstaltungen mit wechselnden Teilnehmendenzahlen stattfinden zu lassen.

Die Ausbildungslehrkräfte der Polizeiakademie wurden über die Neuerungen des Versammlungsrechts informiert, sodass die Beschulung der dort Auszubildenden über das VersFG BE gewährleistet ist.

Berlin, den 05. März 2021

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport